

Sie beklagten ja, wir würden nicht genug in die Sportstätteninfrastruktur investieren. Dabei muss man sagen, dass die Zahl, die Sie genannt haben, von 45 Milliarden € Stau, der da sei, aus dem Jahr 2005 stammt. Es hat inzwischen eine Reihe von Entwicklungen gegeben, unter anderem das Konjunkturförderpaket II, das für Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 600 Millionen € gebracht hat. Wir haben jedes Jahr die Sportpauschale von 50 Millionen €. Ich erinnere auch an das Kreditprogramm, das wir bei der NRW.BANK haben und das ebenfalls eine Höhe von 50 Millionen € hat. Also, ich denke, insofern sind wir bei allen Dingen auf einem guten Weg.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Ich habe mich natürlich auch über die Einigung bei der NADA sehr gefreut.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Da ich eben in den anderen Bereichen meine Abteilungsleiter so gelobt habe, geht der Dank diesmal an Werner Stürmann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 43 Sekunden überschritten. Aber die Fraktionen der CDU und der Grünen hatten ihre Redezeit auch schon überschritten. - Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7507, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7507** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piratenfraktion **angenommen** worden.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 10
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Verlagerung der Vollzugsaufgaben
Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6865

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 16/7224

zweite Lesung

Ich möchte noch einen Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 16/7510 zum Einzelplan 10 geben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Rainer Deppe das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 2010 hat der Umweltminister seinen Haushalt um 28 % auf jetzt knapp 1 Milliarde € erhöht gegenüber 15 % für den gesamten Landeshaushalt. Ich sage das, um das einmal einzuordnen.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dass die Umweltpolitik allerdings um 28 % besser geworden wäre, kann man nun wirklich nicht sagen. Im Gegenteil!

(Beifall von der CDU)

Heute ist die Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen für Umwelt-, Klima- und Naturschutz geringer, als sie es vor dem Antritt der rot-grünen Regierung und von Minister Remmel war. Das hat einen ganz entscheidenden Grund: Statt die Menschen für die Umwelt zu begeistern, sehen Sie die Bürger als Gegner an. Ständig versuchen Sie, den Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben.

Sie sollen nicht rauchen, sie sollen kein Auto fahren, nicht mit dem Flugzeug fliegen, kein Fleisch essen, nichts im Internet bestellen, keine Weihnachtsbäume aufstellen, nicht in den Zoo gehen, keinen Mais anbauen, die Waldwege nicht verlassen, nicht jagen und keine Leguane halten. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind erst glücklich, wenn Sie allen Menschen ein schlechtes Gewissen einge-redet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Patriarchalische Attitüde der Grünen“ hat der „Spiegel“ das unlängst genannt. Die Betroffenen merken: Die Regierung ist beratungsresistent. Sie arbeitet nicht mit den Betroffenen, sondern gegen sie.

Ein paar Stichworte, nur aus dem letzten Monat: die Kündigung der Verträge mit den Forstbetriebsgemeinschaften, bevor der Forstausschuss die zuge-

sagten Informationen bekommen hatte. Die Biodiversitätsstrategie: Nahezu alle Verbände beklagen sich in ihren Stellungnahmen, dass man mit ihnen nicht vernünftig gesprochen hat. Der Klimaschutzplan: Trotz zweijähriger Beratung mit Heerscharen von Sachverständigen weiß bis heute niemand, was im Klimaschutzplan der Landesregierung stehen soll. Und wenn Ihre Entwürfe einmal an die Öffentlichkeit kommen, wird nichts Wesentliches mehr zu ändern sein. Diese Erfahrung haben jetzt mittlerweile alle Betroffenen gemacht. Beteiligung und Dialog, meine Damen und Herren, sehen anders aus.

(Beifall von Christina Schulze Föcking [CDU])

Übrigens ist auch Ihr Umgang mit dem Parlament nicht in Ordnung. Das muss ich einmal sagen, Herr Remmel. Nach den mehr als dürrigen Antworten im Ausschuss zum Haushalt haben wir 14 kleine, ganz einfache Informationsanfragen zur Mittelverwendung des Jahres 2013 gestellt. Was aber machen Sie? – Sie antworten meinen Kollegen und mir, dass Ihnen das zu viel Arbeit ist und wir die Antwort nicht bekommen. Das ist schon ein starkes Stück. Parlamentariern die Auskunft vor Verabschiedung des Haushalts zu verweigern, wie die Regierung ihre Steuermittel eingesetzt hat, das geht gar nicht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn es aber darum geht, von anderen Rechenschaft einzufordern und andere zu kontrollieren, dann sind Sie ganz groß, und es kann Ihnen nie schnell genug gehen. Wer überzieht, meine Damen und Herren, muss sich nicht wundern, dass die Bereitschaft, freiwillig etwas im Umweltschutz zu tun, zurückgeht.

Dass die Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen unter dieser Regierung rückläufig sind, dass Nordrhein-Westfalen bei der Windenergie im Bundesländer-ranking von Platz 12 im Jahr 2008 auf Platz 14 im Jahr 2014 zurückgefallen ist, sind doch die Fakten, die wir hier zu beklagen haben.

Lassen Sie mich noch auf das aus unserer Sicht wichtigste Thema in Ihrem Zuständigkeitsbereich eingehen.

Im Gegensatz zu Ihnen verschließen wir nicht die Augen vor der größten bekannten Umweltgefahr in Nordrhein-Westfalen. Deshalb beantragen wir die Erhöhung der Mittel für den technischen Hochwasserschutz um 20 Millionen €. Sie dagegen verschieben den Hochwasserschutz am Rhein vom Jahr 2015 auf das Jahr 2025 und verringern jetzt schon im dritten Haushalt hintereinander die Mittel für den Hochwasserschutz um 25 %, und das, wo wir wissen, dass 85 km Deiche saniert werden müssen, und dass 33 km überhaupt noch nicht untersucht sind. Das ist unverantwortlich.

Diesen Haushalt, meine Damen und Herren, kann man nur ablehnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Satz vorweg: Schade, Herr Deppe, Sie haben eine Chance verpasst, konkrete Vorschläge zu machen und sich wirklich konstruktiv einzubringen und nicht grau in Schwarz zu malen. Das habe ich aber im Grunde nicht anders erwartet. Oppositionsarbeit können Sie gut. Ich wünsche Ihnen noch viele Jahre, diese Übung weiter fortzuführen.

Der Einzelplan 10 ist im Vergleich der Ministerien ein kleiner Einzelplan. Er umfasst 945 Millionen € plus Ergänzungen, ist aber der größte Förderhaushalt. Deshalb können und werden wir mit diesem Haushalt für 2015 im Umweltbereich weiter wichtige Akzente setzen und die Menschen weiter für die Umwelt in Nordrhein-Westfalen begeistern.

Ein zentraler Baustein der rot-grünen Umweltpolitik ist und bleibt dabei der Klimaschutz. Der Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen, den wir im nächsten Jahr beschließen werden, wird konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung enthalten. Er ist als Fahrplan zu sehen, mit dem wir die festgeschriebenen Ziele erreichen wollen.

Wir wissen es alle: Bei der Erreichung der Klimaschutzziele in der Bundesrepublik kommt uns in Nordrhein-Westfalen eine besondere Rolle zu. Denn in Nordrhein-Westfalen werden rund ein Drittel aller in Deutschland entstehenden Treibhausgase emittiert – wir wissen es –, knapp 30 % des in der Bundesrepublik benötigten elektrischen Stroms erzeugt und 40 % des Industriestroms verbraucht. Klimaschutz „Made in NRW“ ist deshalb vor allem ein Fortschrittsmotor.

Die Unternehmen aus NRW tragen mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten sowie Produkten und Verfahren bereits heute zu erheblichen CO₂-Einsparungen bei. Die besondere Struktur in unserem Land bietet Chancen für besondere und intelligente Beiträge zum Beispiel durch virtuelle Kraftwerke und Speicherkonzepte. Hierzu gehören weiterhin auch die KlimaExpo sowie Projekte wie „InnovationCity Ruhr“.

Gerade die Beschäftigten und Unternehmen, also die Wirtschaft, die nach Ihnen, Herr Deppe, angeblich unter dem Klimaschutz leiden, sind deshalb wichtige Treiber für Klimaschutzlösungen, die auf technische Innovation setzen. Das macht die besondere Stellung unseres Landes beim Zukunftsthema Klimaschutz deutlich. Wir wollen und müssen die sich bietenden Chancen für wirtschaftliche und ökologische Entwicklung, für Beschäftigung und In-

novation nutzen und damit die Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiter stärken.

Forschung und Entwicklung in Klimaschutztechnologien führen zu neuen Produkten, Verfahren, Werk- und Rohstoffen sowie neuen Dienstleistungen, die in Deutschland, europa- und weltweit nachgefragt werden. Unsere Klimaschutzpolitik begegnet den Herausforderungen des Klimawandels und bringt das Industrieland NRW weiter nach vorne.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt der Klimawandel ist auch ein Grund, warum wir im Bereich des Hochwasserschutzes handeln. Das eklatante Umsetzungsdefizit aus der Zeit der schwarzen Regierungzeit muss endlich abgebaut werden. Erst kürzlich wurde mit dem Fahrplan Deichsanierung vom Ministerium mit der Bezirksregierung Düsseldorf und den Deichverbänden und Kommunen ein Sanierungsplan für die Deiche und Hochwasserschutzanlagen am Niederrhein verabredet. Darin ist festgelegt, dass bis Ende 2025 alle Hochwasserschutzanlagen am Rhein von Düsseldorf bis Emmerich an die heutigen technischen Regeln angepasst werden.

Selbstverständlich müssen wir zur Umsetzung dieses Konzeptes Geld in die Hand nehmen, und das tun wir auch. Wir benötigen finanzielle Ressourcen zur Durchführung der Maßnahmen und die personellen Ressourcen zur Erstellung der Planung, der Durchführung der Planfeststellungsverfahren und der anschließenden Bauüberwachung.

Deshalb sind im Entwurf des Haushaltsplans zehn zusätzliche Stellen für die Bezirksregierung Düsseldorf eingestellt. Diese werden dringend benötigt, um die Plangenehmigungsverfahren für die Sanierung der Hochwasserschutzanlagen zu beschleunigen und damit die Maßnahmen planmäßig umsetzen zu können. Um das noch zu ergänzen: Ich bin auch sehr zuversichtlich und hoffe, dass es gelingt, dass wir es bei einem Förderschlüssel von 80:20 für die Deichverbände belassen können.

Es ist schade. Ich habe hier an dieser Stelle an einen Appell gedacht an meine niederrheinischen Kollegen der CDU, die nämlich gerade die Nichtumsetzung des Deichbaus am Niederrhein, von Ihnen selber verursacht, beklagen. Ich hätte Sie gerne an dieser Stelle aufgefordert, mit uns an einem Strang zu ziehen und dieser Personalaufstockung im Haushalt entsprechend zuzustimmen. Es ist schade, dass Sie nicht da sind und sich an dieser Abstimmung nicht beteiligen, weil Sie vor Ort immer wieder die Forderung stellen, dass diese Personalmittel bereitgestellt werden. Jetzt tun wir es, jetzt sind Sie nicht da – schade.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verbraucherschutzpolitik. Das immer schwieriger werdende Marktgeschehen verlangt von den Verbraucherin-

nen und Verbrauchern ein immer größeres Wissen. Gleichzeitig wird in NRW die Gruppe der Personen größer, deren Kenntnisse nicht mehr genügen, um optimale und selbstbewusste Verbraucherentscheidungen zu treffen.

Daher müssen wir als Politik die Frage beantworten, wie ein Beratungsnetzwerk zu gestalten ist, das dieser Gruppe vor Ort niedrigschwellige und unabhängige Beratung, Informationen und Bildungsangebote anbietet. Das gilt insbesondere auch für das Ziel der Schaffung einer inklusiven Gesellschaft. Wie kann für die Zielgruppe der verletzlichen Verbraucher der Zugang zu den benötigten Dienstleistungen, Strukturen und Angeboten eröffnet werden?

Wir halten dazu das Instrument aufsuchende Verbraucherberatung für sinnvoll. Damit soll eine Komm-Struktur angeboten werden, in der Ratsuchende einen Ort finden, an dem sie kompetente Beratung erhalten. Unsere Meinung ist: Verbraucherarbeit muss auch die Menschen erreichen, die den Weg in eine herkömmliche Verbraucherberatungsstelle nicht finden. Sie muss deshalb als Teil einer integrierten Quartiersentwicklung verstanden werden. Deshalb sieht dieser Haushalt auch die Förderung eines Modellprojektes einer solchen aufsuchenden Beratung vor, das wir gemeinsam mit der Verbraucherzentrale NRW durchführen werden.

Einen enorm wichtigen Bereich möchte ich zuletzt nicht aussparen, die Landwirtschaft bzw. die Nahrungsmittelproduktion. Denn NRW ist Agrarland. Mit seinen rund 140.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche steht es nach Bayern und Niedersachsen auf dem dritten Platz in Deutschland. Für uns ist es wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher aus einem reichhaltigen und qualitativ hochwertigen Lebensmittelangebot auswählen können, das für alle Einkommen finanzierbar bleibt.

Wichtig ist für unser Handeln zudem, wirtschaftliche, ökologische und soziale Fragestellungen zu beantworten. Sie bestimmen, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten wir auf die Ernährungs- und Agrarwirtschaftsbranche Einfluss nehmen.

Die Auswirkungen der zunehmend intensiven Nutzung in der Landwirtschaft sind bisher viel zu wenig untersucht worden. Deswegen haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt, die erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der Wirkungen der Landwirtschaft auf die Ressourcen Wasser, Boden, Luft und die biologische Vielfalt in Nordrhein-Westfalen einfordert.

Die Ergebnisse der Großen Anfrage erwarten wir bald. Sie sollen ein Beitrag für die Entscheidung und Novellierung der Düngeverordnung sein und zugleich Antworten liefern, wie Überdüngung langfristig verhindert werden kann, um so eine zukünftige und nachhaltige Sicherung der Ressourcen Wasser,

Luft und Boden sowie der biologischen Vielfalt in unserem Lande zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe einige wichtige Themen angesprochen, die wir mit dem Haushalt 2015 weiter begleiten, unterstützen und aufbauen wollen. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf und die vorgesehenen Finanzierungsansätze werden dazu maßgeblich beitragen.

Gleichzeitig fehlt wie immer die Zeit, das breite Spektrum des Einzelplans in Gänze zu würdigen. Ich hoffe dennoch, dass ich Ihnen die aus meiner Sicht wichtigsten Ansätze für das nächste Jahr nahebringen konnte.

Wir werden dem Haushalt und natürlich diesem Einzelplan zustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Rimmel, in einer Powerpoint-Präsentation, die Sie im Ausschuss zur Vorstellung und Erläuterung des Haushalts benutzt haben, heißt es unter anderem: Der vorliegende Einzelplan leiste einen „wesentlichen Beitrag, dass die Nettoneuverschuldung die Summe der eigenfinanzierten Investitionen unterschreite“.

Weiter heißt es in der gleichen Präsentation, dass „zukunftsorientierte Schwerpunkte von Kürzungen weitestgehend verschont“ geblieben seien. Manche Titel seien sogar „aufgestockt“ worden.

Wenige Folien später, Herr Minister, ist zu sehen, was Sie damit genau meinen. Sie zeigen acht Ansätze auf, bei denen es nur in einem einzigen Fall beim Vergleich der Jahre 2015 und 2014 zu einer Reduzierung kommt. Dabei handelt es sich um die Abwasserabgabe.

Ihr Haushalt wächst seit 2010 kontinuierlich an – Herr Kollege Deppe hat es eben angesprochen –: um 28 % in den letzten vier Jahren. Sie leisten also in der Tat einen wesentlichen Beitrag zum Landeshaushalt. Dieser Beitrag bewegt sich allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, in die komplett falsche Richtung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Zeit reicht natürlich nicht aus, um alle Aufgabenbereiche des Ministeriums einzeln zu beleuchten. Wie meine Vorredner will ich daher nur wenige Bereiche aufgreifen.

Ich möchte mit einem Blick auf das LANUV beginnen. Hier befindet sich vieles im Umbruch. Es gibt

durchaus – das will ich ausdrücklich sagen – sinnvolle Veränderungen, die sachlich gut begründet sind. Es gibt aber auch, wie wir meinen, politisch motivierte Veränderungen, deren Begründung niemanden überzeugen kann.

Richtig und sinnvoll ist zum Beispiel die Aufgabenübertragung beim Wasserentnahmeentgelt von der Bezirksregierung Düsseldorf auf das LANUV – unabhängig davon, wie man zum Wasserentnahmeentgelt selbst steht. Sie kennen wohl unsere Position. Dieses Entgelt wird landesweit erhoben, und vor dem Hintergrund der umfangreichen Berechnungen ist es durchaus sinnvoll, diese zentral im LANUV vorzunehmen. Daher werden wir – wir beraten das ja auch in Verknüpfung mit diesem Punkt – dem Gesetzentwurf zustimmen.

Aber wo, Herr Minister, sind Sie schlüssige Begründungen schuldig geblieben? Das ist insbesondere bei den geplanten Zentralisierungen der Fall. Ihr Hang zur Kontrolle veranlasst Sie dazu, der kommunalen Familie zunehmend zu misstrauen. Das ist besonders bedauerlich, weil im Umkehrschluss die Kommunen auch Ihnen mehr und mehr misstrauen.

Der Streit mit dem Landkreistag über die korrekte Datengrundlage, über die Statistik an mehreren Stellen tut ein Übriges dazu. Es wäre wichtig gewesen, zunächst auf eine gemeinsame Datenbasis hinzuarbeiten, bevor die entsprechenden Gesetzesvorhaben fortgesetzt werden. Das ist bis heute nicht geschehen, Herr Minister Rimmel. Sie stehen hier persönlich in der Verantwortung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Seit dem Jahr 2010 haben Sie 387 neue Stellen in der Umweltüberwachung geschaffen. Ursprünglich sollten es 300 sein. Aber damit nicht genug – ich sagte es gerade schon –, nun wollen Sie den Kommunen die Zuständigkeit für die Lebensmittelkontrolle entziehen und auf das LANUV übertragen, zentralisieren. Auch die Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken wollen Sie zentral in Landeshand kontrolliert wissen, statt sie in den verantwortungsvollen Händen der Kommunen zu lassen.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Wir fragen uns: Wer soll eigentlich diese vielen neuen Aufgaben erledigen? Gut ausgebildetes, erfahrenes Personal für diese Bereiche ist nicht mal eben an jeder Ecke zu finden. Und es stellt sich die Frage, wie das überhaupt funktionieren soll, wenn Sie vorher fast 400 neue Stellen schaffen, aber jetzt für diese größeren Vorhaben keine neuen Stellen einplanen. Das ist abenteuerlich, das ist unzuverlässig, und das ist vor allem undurchsichtig bei der Personalplanung.

Ein weiteres Beispiel für diese abenteuerliche Personalplanung: Sie wollen die Widerspruchsverfahren bei der Lebensmittelüberwachung, beim Veterinärwesen und beim Tierschutz wieder einführen. In

der Antwort auf eine Kleine Anfrage haben Sie den Personalbedarf für diese Aufgaben mit sieben Stellen angegeben. Nun wollen Sie diese Aufgaben mit nur einer Stelle erledigen. Wir fragen uns: Wie passt das zusammen? Chaos ist vorprogrammiert, insbesondere eine steigende Rechtsunsicherheit für diejenigen, die in den Widerspruch gehen. Ich komme wieder zurück: Das ist abenteuerlich, das ist unzuverlässig, und das ist undurchsichtig.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Frühjahr 2012, also seit fast drei Jahren, arbeiten Sie an dem Entwurf des NRW-Klimaschutzplans. Herr Kollege Meesters, Sie haben eben gesagt, im nächsten Jahr wird er fertig werden. Ich bin gespannt. Wenn ich an die Fertigstellung des Klimaschutzplans denke, fallen mir immer diese Zähler ein, die es zuhauf im Internet gibt. Sie zählen etwa die Tage seit der Nichteröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg. Vielleicht könnte man das auf den Klimaschutzplan übertragen.

Unabhängig davon, dieser Plan ist bisher leider über Symbolpolitik nicht hinausgekommen. Es bleibt dabei, der Plan wird wegen des europäischen Energie- und Klimapakets und insbesondere wegen des europäischen Emissionshandels im Ergebnis kein Gramm CO₂ einsparen. Daran ändern auch zahlreiche weitere Korrekturschleifen zwischen den Ressorts, bis er fertig ist, nichts mehr.

Im Bereich der Staatskanzlei, Frau Ministerpräsidentin, liegt die KlimaExpo.NRW, bei der ich im Kuratorium mitarbeiten darf. Da hat man sich zum Ziel gesetzt, eine Leistungsschau zu sein. Es werden herausragende Ideen gesucht, die im Rahmen dieser Leistungsschau das Dreieck der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – zusammenbringen sollen.

Ich glaube, Herr Minister Rimmel, von diesem Anspruch sollten Sie sich beim Klimaschutzplan etwas abgucken. Noch ist es nicht zu spät, sich in Richtung Leistungsschau zu entwickeln und vom Klein-Klein der Wäscheleinenkampagnen abzurücken, die im Moment im Klimaschutzplan stecken. Statt auf Klein-Klein und auf die vermeintliche Kür sollten Sie sich lieber auf die Pflicht konzentrieren.

Auf die Biodiversitätsstrategie haben wir zum Beispiel lange gewartet. Obwohl wir darauf so lange gewartet haben, haben Sie bei diesem Prozess die Eigentümer der betroffenen Flächen – Landwirte, Forstbesitzer, Grundeigentümer – nicht einbezogen. Vielmehr heißt es in einem aktuellen Flyer vom Grundbesitzerverband, dass die von Ihnen vorgeschlagene Strategie – ich zitiere – „die Leistungen der vielen privaten Landeigentümer und Landnutzer in der Fläche missachtet“.

Weiter heißt es in dieser Veröffentlichung, dass – ich zitiere noch einmal – „die Strategie impliziert,

dass der ehrenamtliche Naturschützer besser weiß, wie Land zu bewirtschaften ist als die Eigentümer“.

Sie spielen hier mal wieder die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander aus. Herr Minister, Sie müssen an dieser Stelle umlenken. Denn gegen die privaten Landeigentümer und Landnutzer wird die Strategie und wird damit dann auch das Landwirtschaftsgesetz zum Scheitern verurteilt sein.

Die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte Betroffene zu Beteiligte machen. Herr Minister Rimmel macht Beteiligte vor allem betroffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll Ihre auf das Geld der Bürger bezogene rücksichtslose und unkoordinierte Politik legitimieren. Diesen Schritt gehen wir nicht mit. Den Einzelplan 10 lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion die Grünen spricht der Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Höne, während wir hier debattieren, findet in Lima erneut der Versuch statt, sich global der Verantwortung zur Rettung des Weltklimas zu stellen. Klimaveränderung und Ressourcenverknappung sind zwei große ökologische Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Deswegen ist gerade auch in Nordrhein-Westfalen der Einsatz für einen Klimaschutzplan aller Ehren wert und sollte nicht der Schauplatz für solche kleinen Lächerlichkeiten werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN])

Vor diesem Hintergrund setzen wir Grünen uns gerade hier in Nordrhein-Westfalen auch sehr wohl für den Erhalt industrieller Kerne ein,

(Zuruf von der FDP: Das stimmt nicht!)

aber deswegen auch und gerade für den nachhaltigen Umbau des Industriestandortes.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt nicht!)

Darauf ist unsere Politik ausgerichtet. Darauf ist eben auch unser haushalterisches Handeln ausgerichtet, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der FDP: Völlig falsch!)

Gerade hier im industriellen Zentrum Europas müssen wir diesen Transformationsprozess meistern und zeigen, dass es geht und wie es geht. Dabei müssen wir auf einen Dreiklang setzen, einen möglichst geringen Ressourcenverbrauch, die Etablie-

rung der Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung von Vermeidungsstrategien.

Ja, und es geht vor allem, weil es eine Zukunftsaufgabe aller Menschen ist, darum, die Menschen auf diesem entscheidenden Weg mitzunehmen. Das Engagement vieler Menschen für den Klimaschutz verdient daher allerhöchste Wertschätzung, Kollege Deppe, durchaus in Ihrem Sinne: Wertschätzung. Wer etwa gewachsenen Obstbaumbestand erhält und pflegt, leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und schafft Lebensräume für Bienen. Die zusätzlichen 100.000 € im Programm Urban Gardening sind insofern gut angelegtes Geld.

(Ralf Witzel [FDP]: Ach du Schande!)

– Das ist jetzt wieder bezeichnend, Herr Witzel, dass Sie da sagen: Ach du Schande! – Hier genau geht es um die Wertschöpfung der Menschen, die sich für den Klimaerhalt einsetzen, die ihre Gärten pflegen und nicht die Motorsense ansetzen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Es war ja heute Morgen auch schon die Rede davon, dass Sie lieber mit einem Aufsitzmäher alles abmähen. Genau das zeigen Sie hier.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer als Konsumentin und Konsument auf Augenhöhe agieren möchte, mündig sein möchte und nicht bevormundet werden will, braucht sehr wohl auch gute Verbraucherberatung. Deswegen sind wir ein verlässlicher Partner der Verbraucherzentralen. Der Haushalt sieht hier für das Jahr 2015 einen Aufwuchs auf 13,85 Millionen € vor. Das Beratungsstellennetz wird bis 2015 auf 62 Stellen wachsen, übrigens nicht zuletzt und endlich auch mit einer Stelle in meinem Wahlkreis in Neuss.

In der Umweltpolitik ist der Paradigmenwechsel hin zum vorsorgenden statt nachsorgenden Handeln nicht nur ökologisch zwingend, sondern letztlich auch volkswirtschaftlich geboten. Deswegen sind gerade die erneut 30 Millionen € beim Hochwasserschutz gut angelegt.

Werter Kollege Deppe, Lamentieren und gegenseitige Schuldzuweisungen führen hier nicht weiter. Die bringen nichts. Glaubwürdiger wäre Ihr Engagement für ein Aufwachsen um weitere 20 Millionen €, wenn Sie gleichzeitig auch mal sagen würden, wie Sie es gegenfinanzieren wollen. Denn das ist die Quadratur à la Deppe, im Kreis nämlich,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass Sie einerseits mehr fordern und uns andererseits vorwerfen, dass wir zu viel ausgeben würden und der Haushalt aufwachsen würde.

Nachsorgende Umweltpolitik ist stets teurer. Das gilt auch für die Schwermetallstrategie, an der wir arbeiten und die im Jahr 2015, übrigens dem UNESCO-Jahr des Bodens, einen Schwerpunkt unserer Arbeit

bilden wird. Duisburg und Krefeld beispielsweise sind europaweite Hotspots. Die Beseitigung der industriellen Hinterlassenschaften ist dort eine Herkulesaufgabe.

Auch das belegt schmerzhaft die zukünftig wachsende Bedeutung des Aspekts der Vermeidung in unseren politischen Entscheidungsprozessen wie auch die Notwendigkeit der grundsätzlichen Etablierung der Kreislaufwirtschaft, von der ich anfangs gesprochen habe.

Selbstverständlich dürfen wir nicht nachlassen, Ressourcen schonender und effizienter zu verbrauchen. Deswegen sind die gewaltigen Anstrengungen beim Umbau unserer Energiewirtschaft aller Mühen wert. Kraft-Wärme-Kopplung bei kleinen genauso wie bei großen Anlagen ist für uns in Nordrhein-Westfalen ein ganz entscheidender Brückenpfeiler auf dem Weg in das nachfossile Zeitalter. Die Nutzung der Abwärme bei der Stromgewinnung führt zu Wirkungsgraden von 80, 90 % und darum sind die gut 17 Millionen € im Förderprogramm progress.nrw und die knapp 30 Millionen € im neuen EFRE-Programm ein gutes haushaltspolitisches Signal von NRW nach Lima und im nächsten Jahr auch nach Paris.

Übrigens: Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen und von denen ich anfangs gesprochen habe, ist es ganz entscheidend, das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden. Es kann nicht sein, dass etwa die Energiekonzerne über Jahrzehnte Milliardengewinne eingefahren haben und sich nun aus der Verantwortung stellen und die Kosten für die Entsorgung ihrer Hinterlassenschaften der Allgemeinheit aufbürden. Auch hier gilt: Kosten des Umweltschutzes sind Kosten der Produktion. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer draußen am Stream! Auf der Tribüne sind leider keine Zuschauer mehr. In den Beratungen des Entwurfs im zuständigen Ausschuss A 17 für Klimaschutz, Umweltschutz, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz hatten wir diesem noch zugestimmt. Im Haushalts- und Finanzausschuss hatten wir ihn dann abgelehnt, und das werden wir auch hier im Plenum tun. Das verdient natürlich noch eine Begründung.

Die Zustimmung im A 17 begründete sich auf der Tatsache, dass der Etat insgesamt nicht gekürzt wird. Das ist angesichts der selbst verschuldeten Haushaltsmisere durch ein verfassungswidriges Beamtenbesoldungsgesetz, dem sehenden Auges

zugestimmt wurde, beachtlich. Zu befürchten waren jetzt auch Kürzungen im Einzelplan 10. Wir würdigen nach wie vor, dass diese nicht eingetreten sind. Der Umgang mit konstruktiven Vorschlägen in den Themenbereichen des Ausschusses gibt jetzt jedoch den Ausschlag.

Die Regierung hatte 2012 vollmundig angekündigt, sie wolle weiterhin auf die Opposition zugehen und offen mit Änderungsvorschlägen umgehen. Als Minderheitsregierung war sie von 2010 bis 2012 dazu gezwungen. Die Erfahrungen waren wohl nicht so schlecht, wenn sie nach der Neuwahl ankündigte, auf diese Weise weitermachen zu wollen.

Die Wirklichkeit im Bereich A 17 straft sie seit zweieinhalb Jahren komplett Lügen. Es mag sein, dass sie sich in anderen Bereichen anders verhält, aber in unserem Bereich rühren die Regierungsfractionen Beton an. Jeglicher Oppositionsantrag wird in Bausch und Bogen und ohne inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt.

Man kann mit fundamental oppositionellen Anträgen anders umgehen als mit konstruktiven, aber genau das wird nicht getan. Das gilt nicht nur für unsere Anträge. Auch die CDU hat durchaus einmal konstruktive Anträge eingebracht. Die wurden genauso behandelt.

(Heiterkeit von den PIRATEN – Norbert Meesters [SPD]: Konstruktiv ist immer erwünscht!)

Insbesondere unsere konstruktive Oppositionsarbeit ist offensichtlich unerwünscht. Sie wird systematisch missachtet und abgeburstet, als sei sie fundamentalistisch. Konsequenterweise wird Politik 1.0 betrieben.

Bisher hätten wir dem Einzelplan 10 trotz Kritik noch zustimmen können. Ab jetzt und für die Zukunft fordern wir die Einlösung des Versprechens, sich mit konstruktiver Oppositionspolitik auch inhaltlich ordentlich auseinanderzusetzen zu wollen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Schicksal unseres letzten Haushaltsantrages im Haushalts- und Finanzausschuss ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie verkehrt das läuft. Sie sollten nicht meinen, Sie könnten alles allein regeln.

Es gilt weiterhin, was ich schon in den vorigen Jahren sagte: Der Zustand von Umwelt und Natur ist traurig, und eine Besserung lässt auf sich warten. Die Wälder sind in schlechtem Zustand, Arten sind bedroht, Habitate gehen verloren, der Druck auf die knappen Flächen ist ungebremst, wir finden großflächige und weiter akkumulierte Schadstoffbelastungen durch Kohlekraftwerke, ebenso großflächige und weiter zunehmende Monokulturen in der industrialisierten Landwirtschaft mit Belastungen durch Intensivtierhaltung, Dünger und Pestizide und eine zusätzliche Überdüngung durch Stickoxide aus dem Verkehr.

Wir erkennen die bisherigen Anstrengungen an – schließlich haben wir in den letzten Jahren diesem Einzelplan zugestimmt –, aber das reicht nicht. Es gilt, was ich schon im letzten Jahr ausführte: Wir sehen in allen Bereichen immer nur ein Erkennen der Probleme und ein zu zaghaftes Angreifen. Wir vermissen ein wirklich stringentes Gesamtkonzept in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Klimaschutzplan, Forstgesetz, neues Jagdgesetz – das ist viel Klein-Klein, insgesamt alles noch zu wenig und geht nicht wirklich Hand in Hand.

Wird der Landesentwicklungsplan, wie von mir vor einem Jahr gefordert, zu einer kräftigen Hebelstange für Biodiversität, Flächenmanagement und nachhaltige Entwicklung, oder lässt er die Türen sperrangelweit offen für Fracking, Tagebaue und fossile Kraftwerke?

In der Debatte zum Einzelplan 14 für Wirtschaft und Energie war ein Vertreter der Regierungsfractionen stolz auf das Zielabweichungsverfahren zur Legalisierung des Schwarzbaus Datteln 4 und warf der jetzigen Opposition von CDU und FDP bzw. der damaligen Regierung vor, sie hätte das nicht gebekken bekommen.

Wie weit sind wir denn mit dem von der EU eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen der Zustände im Vogelschutzgebiet Hellwegbörde?

Weiterhin muss sich eine rot-grüne Regierung zu Recht sagen lassen, so langsam und schlecht zu agieren, dass es sogar der Europäischen Kommission auffällt.

Herr Markert, der Kollege von den Grünen, machte eben schöne Worte zur strategischen Umweltpolitik, zu großen Herausforderungen, zur Kreislaufwirtschaft, zu Klimaschutz und zur Kraft-Wärme-Koppelung. Im Haushalt schlägt sich das unserer Meinung nach aber nicht so richtig nieder. Wir sehen dort keine oder keine ausreichenden strategischen Ansagen zu Themen wie Suffizienz oder zum konsequenten öko-sozialen Umbau. Stattdessen heißt es „Weiter so!“ mit dem fortgesetzten, bedingungslosen Primat einer degenerativen Wirtschaftsweise und dem Stolzsein auf das Zielabweichungsverfahren zu Datteln 4.

Wir können nach fünf Jahren Rot-Grün kein besseres Zeugnis ausstellen als vor einem Jahr: Sie haben sich manchmal bemüht, ohne den Rahmen Ihrer Möglichkeiten auszuschöpfen oder zu erweitern.

Wir ergänzen dieses Jahr: Sie haben weiterhin versäumt, konstruktive Vorschläge aus anderen Reihen als den Ihren wahrzunehmen. Sie haben es nicht vermocht, Ihre Scheuklappen abzulegen. Sie müssen aber endlich Ihre Scheuklappen ablegen, um Ihre Möglichkeiten auszubauen, auszunutzen und Fakten zu schaffen, die wirklich etwas verschlagen.

Ich muss mich wiederholen: Ich wünsche uns, dass die nächsten Reden hier bereits im Laufe des folgenden Jahres von mehr Optimismus geprägt sein können und das Zeugnis am Ende der Legislaturperiode besser ausfällt. Wir können uns ein „Weiter so!“ nicht leisten. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang muss ich sagen, ich bedauere es außerordentlich, dass zumindest der Austausch von Argumenten nicht dazu führt, dass die Argumentation der Opposition etwas geschärft oder modifiziert wird.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das muss es ja auch nicht!)

– Ja, das zeugt offensichtlich davon, dass Sie sich vorher eine Strategie zurechtgelegt haben, die Sie dann auch konsequent weiterverfolgen,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Weil es ja auch richtig ist!)

links und rechts ignorieren und sich auch nicht mit Sachargumenten auseinandersetzen. Ich habe mehrfach versucht, Ihnen das zu erklären.

Trotz der vielen Kontakte, die ich auch zu Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene habe, kenne ich keinen Minister, der in seinem Bundesland gescholten wird, wenn es ihm gelingt, beispielsweise europäische Mittel für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger in sein Bundesland zu holen.

Da werden die Kolleginnen und Kollegen gelobt. Ich hingegen werde von Ihnen gescholten. Ich finde das ausgesprochen bedauerlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Oh! Jetzt bloß nicht weinerlich werden!)

Ich will an dieser Stelle doch noch einen Versuch unternehmen, den Aufwuchs in meinem Etat, dem kleinsten des Landeshaushalts, zu begründen und der Diskreditierung entgegenzutreten. Dieser Aufwuchs ist vor allem darin begründet, dass es gelungen ist, die Benachteiligung Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum ein klein wenig zurückzuführen. Darüber hinaus ist er darin begründet, dass es gelungen ist, die wichtigen europäischen Mittel für den Klimaschutz und die Energieeffizienz in Nordrhein-Westfalen zu bündeln und kofinanzieren.

Ich sage es an dieser Stelle auch sehr deutlich: Es handelt sich im Wesentlichen um Investitionsmittel, und diese muss man doch begrüßen. Wenn wir et-

was im Moment brauchen, dann sind es doch Investitionen und Anreize für Investitionen. Dazu bietet der Etat sowohl für die Strukturentwicklung im ländlichen Raum als auch für die Bereiche Energieeffizienz, Energieeinsparung und Klimaschutz entscheidende Ansätze.

Deshalb hätte ich erwartet, dass Sie das unterstützen und begrüßen. Schließlich denken Sie selbst auf Bundesebene über verstärkte Investitionen nach. Dies tun Sie aus meiner Sicht allerdings viel zu spät und viel zu wenig gerade in Bezug auf die Bereiche, in denen wir diese Investitionen am dringendsten brauchen. Wir müssen heute in die Strukturen von morgen und übermorgen investieren, gerade wenn es darum geht, ein auf erneuerbarer Basis funktionierendes Energieversorgungssystem aufzubauen.

Klimaschutz steht im Mittelpunkt der Landespolitik, und dass Sie als Opposition inhaltlich keine Stellung dazu nehmen, verwundert schon. Schließlich hat die Bundesregierung am heutigen Tag ihr Klimaschutzprogramm vorgestellt, und wir sind auf der Strecke, 2015 in Paris eine weltweit wichtige Entscheidung zu treffen.

Was machen wir hier? Wo ist unser Beitrag? Wo ist unsere Verantwortung? Wie lautet der Vorschlag der Opposition aus FDP und CDU? – Kein Wort. Stattdessen vernehmen wir Gemäkel über Verfahren, über Abläufe. Wir hören aber nichts Konkretes dazu, wohin es denn gehen soll und wie Ihre Strategie aussieht.

Ich finde, dass wir einen Ansatz haben. Es geht darum, dass das Industrieland Nordrhein-Westfalen Lösungen für die Zukunft liefert. Diese müssen wir durch die KlimaExpo.NRW sozusagen im Schaufenster zeigen als auch dort aktivieren, wo die Menschen bereits heute unterwegs sind. Wir sind schon unterwegs. Das Land erfindet die Lösungen schließlich nicht neu. Klimaschutzkonzepte, Nachhaltigkeitskonzepte sind in vielen Unternehmen gang und gäbe.

Die Kommunen sind einen Schritt weiter als wir und schon vorausgegangen. Es sind auch Ihre Kommunen, die sich bereits in Sachen Klimaschutz bewegt haben. Über 100 nordrhein-westfälische Kommunen nehmen am European Energy Award teil und haben sich sozusagen selbst aktiviert. Ich meine Bürgerinnen und Bürger, Stadtwerke, Kommunen, kleine, mittlere und große Unternehmen.

Das Land vollzieht diese Entwicklung doch nur nach. Ja, wir kommen mit unserem Klimaschutzplan, mit dem wir aktivieren wollen, doch nur hinterher. Das ist das Entscheidende: Wir wollen Kräfte für die Weiterentwicklung unseres Standortes bündeln. Es geht darum, nicht nur unseren Beitrag zu liefern, sondern es auch als eine industriepolitische Chance für unser Land zu verstehen und in der Verknüpfung mit der einzigartigen Forschungs- und

Entwicklungslandschaft, die wir bereits haben, als Standortfaktor für die Zukunft zu etablieren.

Dann stehen gerade solche Unternehmen, die sich darauf konzentrieren, im Mittelpunkt unserer Anstrengungen, wenn es darum geht, die effizienteste Heizungspumpe zu konzipieren, zu entwickeln und an den Markt zu bringen, wenn es um neue Mobilitätstechnologien geht oder wenn es darum geht, eine klimaverträgliche Chemieproduktion zu etablieren. Das alles findet bei uns bereits statt.

Insofern besteht die Aufgabe der Landesregierung darin, dies zu flankieren, zu unterstützen und Netzwerke aufzubauen. Das steht im Mittelpunkt unserer Politik, einer Einladungs- und Ermöglichungspolitik, und der Etat bietet in der Tat Möglichkeiten, diesen Weg zu unterstützen.

Ich hätte mich gefreut, wenn auch Sie Ihre Vorstellungen eingebracht hätten, anstatt nur am Wegesrand zu stehen und das ein oder andere mäkelnde Wort zu äußern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht im Einzelplan 10 auch um Schutz, und wir haben einiges zu schützen, nämlich unsere wertvollen Lebensgrundlagen. Da geht es darum, das auch über alle Bereiche hinweg durchzudeklinieren.

Ich erwähne beispielhaft den Wasserschutz. Wasser ist eine wertvolle Ressource. Über 5 Millionen Menschen im Ruhrgebiet beziehen ihr Trinkwasser aus Oberflächengewässern. Deshalb steht der Gewässerschutz im Mittelpunkt. Deshalb lenken wir unsere besonderen Anstrengungen beispielsweise auf die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Das ist das größte Förderprogramm des Landes, und insofern bin ich wirklich stolz darauf, dass es dieser Regierung gelungen ist, ein solches Programm in Millionenhöhe zu sichern und in die Umsetzung zu bringen.

Natürlich sind wir auch im Hochwasserschutz tätig, wo es darum geht, die Gefahren der Zukunft zu sehen und Vorsorge zu treffen. Auch da hätte ich erwartet, dass Sie uns positiv unterstützen, nachdem Sie getrieben haben. Ja, Sie haben recht: In dem Bereich wird zu wenig realisiert. Aber wir haben jetzt zehn neue Stellen für die Bezirksregierungen geschaffen, um die Lücke zu schließen, die Sie seinerzeit hinterlassen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben den Deichgräf abgeschafft. Sie haben dafür gesorgt, dass die Deichverbände und Kommunen nicht beraten werden. Genau das führen wir jetzt – leider etwas verspätet – wieder ein. Aber wir schaffen die Möglichkeiten, um die Gelder auch auszugeben. Denn ohne Planverfahren, ohne genehmigte Verfahren kann auch nichts verbaut werden, und deshalb muss erst das eine und dann das andere passieren.

Ich bin dankbar, dass wir hier in einem Konsens mit den Beteiligten den Fahrplan bis 2025 auf den Weg gebracht haben. Jetzt wäre es schön, wenn auch Sie auf Bundesebene helfen würden, diese nationale Aufgabe entsprechend finanziell mit abzusichern. Daher fordere ich Ihren Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden dazu auf, mit mir zusammen in Berlin dafür zu werben, dass Mittel aus dem nationalen Hochwasserschutzprogramm, das jetzt auf den Weg gebracht wurde, auch nach Nordrhein-Westfalen fließen.

Zum Aspekt, für Verbraucherinnen und Verbraucher gleiche Augenhöhe am Markt herzustellen. Auch da hätte ich erwartet, dass Sie hier noch einmal mit uns gemeinsam unterstreichen, dass Nordrhein-Westfalen das Verbraucherschutzland Nummer eins ist. Wir haben die meisten Verbraucherzentralen in der ganzen Bundesrepublik. Das wird von anderen anerkannt, und dafür werden wir hoch gelobt. Das ist eine Struktur – von den Kommunen und vom Land finanziert –, die sonst kein anderes Bundesland aufweist, und diese Errungenschaft gilt es zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Es gibt allerdings noch weiße Flecken auf der Landkarte, und daraus resultierten der verabredete Aufruf und die Weiterentwicklung zu einer Verbraucherberatung, die die Menschen aufsucht. Dafür wollen wir mit Ihrer Unterstützung, sofern Sie den Etat genehmigen, das Modellprojekt in Köln angehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Verbraucherschutz gehört eben auch, dass die Menschen sich angesichts eines weltweit wachsenden Lebensmittelmarktes sicher fühlen müssen vor Anfälligkeiten dieses Marktes bei den Futtermitteln, bei den Lebensmittel-Wertschöpfungsketten vor Ort, aber auch weltweit.

Das ist eben nicht mehr der Markt, der alleine von dem Lebensmittelkontrolleur vor Ort kontrolliert wird – so wie wir es vor 100 Jahren zu Recht etabliert haben –, sondern es ist ein weltweit funktionierender Markt. Wir haben das beim Pferdefleischskandal gesehen: Da wird in Zypern bestellt, in London verschoben, dann nach Polen geliefert, und irgendwann kommt es bei uns an.

Deshalb braucht es Strukturen, die das Ganze genau überwachen und die genau hinschauen, und deshalb kommt es zur Weiterentwicklung, wie sie im Übrigen von der Bundesregierung, auch von Ihrer damaligen Ministerin, gefordert und vom Bundesrechnungshof vorgelegt wird. Das ist also nicht etwas, was wir hier erfunden haben, sondern wir vollziehen das nach, was andere von uns verlangen. Insofern kommen wir hier nur den Anforderungen nach.

Es geht darum, gleiche Augenhöhe herzustellen; das ist eine ständige Entwicklung, und das wollen

wir in Nordrhein-Westfalen mit aller Entschiedenheit voranbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einzelplan 10 ist eine ausgewogene, eine in Finanzen gegossene Darstellung von Schützen und Nützen in Nordrhein-Westfalen und bietet gute Perspektiven für das Jahr 2015 und darüber hinaus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen war ich auf einer Agrarveranstaltung, und wissen Sie, was mich wirklich erschüttert hat? Beim Rausgehen kam ein älterer Herr auf mich zu, mit Tränen der Verzweiflung in den Augen

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

und sagte: Frau Schulze Föcking, ich verstehe das nicht: Die Schulministerin mag doch grundsätzlich Kinder, der Bau- und Verkehrsminister kümmert sich um unsere Straßen und freut sich, wenn es vorangeht – nur unser Landwirtschaftsminister, der hasst uns Landwirte.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

– Es ist bezeichnend, dass Sie so reagieren. Das ist ein Zitat eines Mannes, der in Sorge ist. So etwas aus dem Munde eines gestandenen Mannes zu hören, der mehrere Jahrzehnte, im Grunde sein Leben lang mit Hingabe und Herzblut Landwirt ist – das beschreibt das Ergebnis Ihres Wirkens, Herr Remmel, und das erschüttert mich zutiefst.

(Beifall von der CDU)

Erschreckenderweise ist Ihnen jedes Mittel recht, um Ihr politisches Ziel zu erreichen. So haben Sie sich beispielsweise in ein Rechtsverfahren vor dem OVG Münster eingeschaltet, bei dem es um die Erweiterung eines Bauernhofes ging – und das, obwohl Ihr Haus überhaupt kein Verfahrensbeteiligter war. Sie aber haben den Richter zuerst anrufen und in einem zweiten Schritt sogar anschreiben lassen. So schreibt es die „Rheinische Post“ am 29. Oktober 2014. Bislang habe ich immer noch die Hoffnung gehabt, dass ein Minister zumindest weiß, was Gewaltenteilung bedeutet.

In einem Punkt aber habe ich mittlerweile leider alle Hoffnung verloren, und das ist, dass Sie jemals mit Ihren Mitteln auskommen. Kollege Deppe hat es bereits gesagt: Sie werden im kommenden Jahr 28 % mehr Mittel zur Verfügung haben als Ihr Amtsvorgänger. 28 % – das sind 208,60 Millionen €.

Was ist passiert? Zwischenzeitlich haben Sie sich einen umfassenden Apparat geschaffen, mit dem Sie mehr Kontrollaufgaben zentral wahrnehmen können. Das ist Ausdruck einer Politik, die von Misstrauen geprägt ist – Misstrauen gegen Landwirte, gegen Lebensmittelkontrolleure, gegen Tierärzte, um nur einige zu nennen.

Um dieses Misstrauen zu unterfüttern, sind Sie pseudo-kreativ. So stehen beispielsweise noch immer angebliche Ergebnisse bei der Lebensmittelkontrolle im Raum, die niemand, wirklich niemand nachvollziehen kann. Erinnern Sie sich? In Ihrer Haushaltsrede von vor einem Jahr hatten Sie einen runden Tisch angekündigt, um genau diese offenen Fragen zu klären. Wie war das – Einladungspolitik, Herr Remmel? Was soll ich sagen? Auf die Einberufung dieses runden Tisches warten die Beteiligten nach wie vor.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wann wollen Sie Ihr Versprechen – Ihre Einladungspolitik – endlich einlösen? Ein Jahr ist vergangen, und nichts ist passiert.

Auch der sparsame Einsatz von Steuermitteln ist nicht wirklich Ihre Sache – leider. Wie sonst ist es zu erklären, dass Sie zwischenzeitlich mindestens eine halbe Million € für ein Nationalparkbüro ausgegeben haben, obwohl die Gründung eines Nationalparks in weiter Ferne liegt?

(Beifall von der CDU)

Aber nicht nur das, Herr Minister – Sie machen einfach weiter so. Das Nationalparkbüro heißt jetzt „Naturschutzinformationszentrum“, aber es kostet weiterhin das Geld der Steuerzahler.

Herr Markert und Herr Meesters, wir als CDU haben insgesamt über 100 Sparvorschläge eingebracht. Da wollen wir doch mal bei der Wahrheit bleiben. Sie sollten lieber den Zeigefinger auf sich selber richten, statt auf die Kollegen Deppe oder Höne oder andere hier im Parlament!

(Beifall von der CDU)

Im Sommer 2013 habe ich in einer Kleinen Anfrage auf das Problem der Zunahme von Güte- und Testsiegeln aufmerksam gemacht. Sie erinnern sich, Herr Minister? Sie haben damals sehr verhalten geantwortet und auf die Bemühungen der Verbraucherzentrale und der Stiftung Warentest verwiesen.

Vor wenigen Tagen erst haben Sie zu einer Veranstaltung mit 200 Teilnehmern in Wuppertal eingeladen, und das genau zu diesem Thema. Schön, ich freue mich sehr, dass Sie mitunter auch Impulse der CDU annehmen und umsetzen. Wir würden uns das natürlich noch viel öfter wünschen. Solange wir hier aber nicht konstruktiv und fachlich zusammenarbeiten können, lehnen wir als CDU, wie Sie eben gehört haben, den Einzelplan 10 somit ab.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüste.

Norwich Rüste (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schulze Föcking, jetzt haben Sie mit Ihrem Einsatz ganz am Anfang Ihrer Rede mein Manuskript wieder zerschossen.

(Zuruf von der FDP)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Auch ich habe mich in den letzten Wochen mit einer Menge Landwirte unterhalten. Merkwürdigerweise rede ich mit denen immer über ganz andere Dinge. Die fragen mich: Was machen wir eigentlich, wenn der Milchpreis unter 30 Cent fällt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Welche Zukunft haben denn unsere Betriebe? – Das sind die existenziellen Fragen, die da gestellt werden.

Ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn Sie mit denen Gespräche über diese Fragen einmal führen würden. Auch wäre es sinnvoll gewesen, wenn Sie als CDU solche Gespräche in der Vergangenheit geführt hätten. Denn Sie haben durch das Ende der Quote dafür gesorgt, dass es zu diesen Marktverwerfungen gekommen ist und die Bauern vor Trümmern stehen.

Herr Deppe, ich muss Sie etwas fragen – es ist ungewöhnlich, dass man von hier aus Fragen stellt; ich tue es aber –: Kennen Sie eigentlich den Sammelband „Streit um Asterix“? Als ich Sie gehört habe, fand ich, dass das Original Tullius Destructivus war, wie er leibt und lebt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da gab es gar nichts mehr, von dem man denken konnte, dass man es aufnehmen und etwas daraus machen könnte. So kann man nicht miteinander umgehen. Ich finde es völlig okay, dass die Opposition eine andere Rolle als eine Regierung hat. Aber Zusammenarbeit nach der Rede? Ich weiß nicht, wo wir da anfangen sollen. Das wird schwierig.

Gucken Sie sich den Einzelplan dieses Ministeriums bzw. dieses Ministerium an. Das ist ein tolles Ministerium mit einem sehr breit angelegten Spektrum an Themen. In diesem Ministerium sind zwei Zukunftsthemen angelegt, die so wichtig sind, dass es sich lohnt, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Dabei handelt es sich einmal um den Klimaschutz. Darüber reden wir hier häufiger. Deshalb mache ich das hier jetzt nicht. Es ist auch nicht meine Zuständigkeit. Das andere Thema, das auch richtig wichtig ist, betrifft die Frage der Artenvielfalt.

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie zu diesem Thema etwas gesagt hätten. Wir müssten das eigentlich alle viel mehr thematisieren. Ich habe die jüngste Ausgabe der Zeitschrift der Nordrhein-West-

fälischen Ornithologen-Gesellschaft gelesen. Darin gibt es einen Zustandsbericht, der drastisch und extrem ist. Es geht nicht mehr um den Rückgang von Vogelpopulationen, sondern um den Zusammenbruch ganzer Populationen. Wenn wir zusammen wollen, dass Arten wie Uferschnepfe, Lerche und Kiebitz bei uns in Zukunft noch eine Heimat haben sollen, müssen wir zusammen auch etwas tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

– Herr Busen, drücken Sie sich ein, wenn Sie eine Frage stellen wollen! Ich wollte Sie gerade richtig loben. Ich mache es trotzdem! Herrn Deppe habe ich wegen seiner destruktiven Art gescholten. Sie lobe ich jetzt einmal, weil Sie den Antrag bezüglich Mähtod durch Mähmaschinen gestellt haben. Das fand ich sehr gut, weil Sie damit das Problem der Artenvielfalt angesprochen haben. Das ist auch richtig.

Deshalb kann ich die Kritik, die von den Piraten kam, Herr Rohwedder, nicht verstehen. Das, was Sie gesagt haben, ist doch so etwas von pauschal! Wir haben doch immer wieder Anträge der Opposition aufgenommen. Diesen Antrag haben wir aufgenommen und zusammen abgestimmt. Auch von Ihnen haben wir einen Antrag aufgenommen, nämlich den zu den Bienen. Wenn gesagt wird, dass wir die Opposition nicht ernst nehmen, dann ist das an der Stelle doch völliger Blödsinn!

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Minister hat in den letzten Jahren auch gehandelt. Er hat den Naturschutzetat verdoppelt und die Arbeit der biologischen Stationen abgesichert. Das war ein entscheidender Schritt, mit dem dafür gesorgt wurde, dass man in die richtige Richtung gehen kann. Denn die Naturschutzgebiete sind die letzten Refugien unserer Arten.

Herr Busen, da sind wir doch wieder beim Jagdgesetz. Darüber werden wir noch am Freitag sprechen. Wenn sich die Arten in Naturschutzgebieten halten können, in anderen Regionen aber nicht, wir aber in beiden Gebieten Jagd haben – so oder so –, ist zu fragen: Warum geht es dann in einer Region, in den anderen Gebieten aber nicht? Das zeigt doch, dass es kaum einen Zusammenhang mit der Jagd gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal deutlich betonen: Das Beste am Einzelplan 10 ist die Erhöhung der Mittel aufgrund der Verstärkung der Mittel im Bereich der ELER-Förderung. Das sollten wir alle zusammen begrüßen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben hier deutlich mehr Mittel, weil der Minister und sein Staatssekretär Becker so gut mit den anderen Ländern verhandelt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist doch hervorragend, dass wir 120 Millionen € mehr haben, die wir für den ländlichen Raum einsetzen können. Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie das! Aber dann sagen Sie es auch draußen, wo Sie sich wählen lassen!

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Leider muss ich zum Schluss kommen. Das ist sehr schade. – Fazit ist: Wir werden im Bereich der Leader-Programme deutlich aufsatteln können. Wir werden dieses zukunftsweisende Programm ausdehnen bzw. verdoppeln.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter. Sie haben Ihre Redezeit um eine Minute überschritten!

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich glaube, dass die Herausforderungen für die ländlichen Räume groß sind. Sie werden auch groß bleiben. Ich glaube, dass dieser Einzelplan vom Minister gut aufgestellt ist und dass wir damit zukunftsfähig sind. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Herr Rüße, das ist ganz toll. Es klingt nach einer super Zusammenarbeit, in zweieinhalb Jahren einen einzigen Antrag von uns anzunehmen. Wenn er nicht angenommen worden wäre, wäre das ökologischer Selbstmord gewesen. Dementsprechend war das zwingend erforderlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Frau Schulze Föcking, um diese Uhrzeit ist sicherlich auch Ihr Intro noch steigerungsfähig. Ich könnte ja damit anfangen: Neulich haben sich kleine Kinder schreiend an meine Beine geworfen, weil immer wieder Rehkitze bei Wildunfällen ums Leben kommen. Da muss etwas getan werden!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Minister Remmel sagte, es sei schön und wünschenswert, etwas einzubringen. Wir haben etwas eingebracht. Wir haben uns mit der Biodiversitätsstrategie beschäftigt. Was wir gut finden, was aber auch Ihr Ministerium im Austausch mit uns sehr gut

findet und was auch in Ihrem Strategiepapier als sehr gut angesehen wird, das sind Grünbrücken.

Solch ein Papier ist ganz nett; aber wir finden, dass Umsetzen noch netter ist. Dementsprechend sagen wir: Es muss noch mehr Grünbrücken geben. Wir haben in NRW 30.000 km Straßen. Das sind 11 % der Strecken der gesamten Bundesrepublik. Zusätzlich kommen noch Kanäle und Bahntrassen dazu. Damit die Tiere ausreichend Raum haben, sind sie gezwungen, hin und wieder diese Straßen zu queren. Dann kommt es eben zu Wildunfällen. Wir finden, dass bei 30.000 km neun aktuell bestehende Grünbrücken einfach zu wenig sind. Ich weiß, dass zusätzlich noch neun Grünbrücken in Planung sind. Wir sagen aber, dass bitte noch einer draufgelegt werden soll, damit wir noch Geld für weitere neun Grünbrücken bekommen. Dann können die Rotten, die Rudel und die Sprünge gefahrlos über die Straßen queren.

Das ist nicht nur gut für die Tiere, weil es dann weniger Inzucht in den betroffenen Herden gibt, sondern auch gut für die Menschen. Denn dort, wo es keine Grünbrücken gibt, steigt die Anzahl der Wildunfälle dramatisch. Ich nenne ein Beispiel: In einem Jahr gab es ohne Grünbrücke 68 Unfälle. Als die Grünbrücke gebaut war, waren es nur noch zwei.

Dementsprechend: Das Ganze ist gut für Mensch und Tier. Wir würden uns freuen, wenn unser kreativer und produktiver Antrag positiv abgestimmt würde. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Höne zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Simone Brand, man muss die Ausführungen der Kollegin Schulze Föcking nicht teilen. Man muss auch nicht die Meinung des Landwirts teilen, mit dem sie gesprochen hat.

Aber ich will schon ganz deutlich sagen: Von hier oben ist es schon recht einfach, bequem und komfortabel, das Leben und die Sorgen anderer Leute abzutun. Das war eben, gelinde gesagt, zynisch. Ich glaube nicht, dass wir in diesem Hause so mit den Sorgen der Leute umgehen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege Markert hat eben das konsequente Verursacherprinzip angesprochen. So wichtig das in vielen Bereichen und im Umweltbereich ist, manchmal würde ich es mir für die Finanz- und Haushaltspolitik wünschen, denn dann würden viel-

leicht Politiker mit dem Geld der anderen Leute etwas vorsichtiger umgehen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

Zum Klimaschutz: Herr Minister Rimmel, wenn man mit Beteiligten spricht, hört man einen Satz sehr oft: Die Diskussionen der verschiedenen Akteure waren schon ein Wert an sich. – Darüber hinaus hört man relativ wenig. Nun will ich zugestehen, dass das sicherlich ein Wert an sich ist, aber dann hätte man das auch eine Nummer kleiner haben können.

Sie haben davon gesprochen, dass der Klimaschutzplan aktivierend tätig ist. Ich bin der Meinung: Die meisten Dinge, die Sie da besprechen und die wirklich eine Auswirkung haben, finden doch sowieso schon statt. Im Bereich Energieeffizienz wissen Unternehmen doch wegen des eigenen Geldes sowieso, dass sie sparsamer werden müssen. Wir haben im Ausschuss das Beispiel gehabt, dass man Unternehmen darauf vorbereiten muss, was in Extremsituationen passiert, wenn der Strom einmal länger ausfällt: Muss man sich davor schützen oder nicht? Auch das ist eine Aufgabe für Unternehmen und liegt in ihrem ureigenen Interesse. Ich glaube nicht, dass, wenn man es mit Zins und Zinseszins zurückzahlen muss, als Staat tätig werden muss. Nicht ohne Grund haben Sie auf mehrfache Rückfragen zum Klimaschutzplan, welche Ideen denn komplett neu seien, nicht antworten können.

Mit Blick auf die Biodiversität haben Sie wie bei anderen Fragen auch gesagt: Was sollen wir denn anders machen? Was sollen wir denn besser machen? Ich will Ihnen sagen: Der Ton macht an dieser Stelle die Musik. Der Weg dahin ist auch wichtig.

Ich zitiere aus dem Flyer der Grundeigentümer: „Die Flächeneigentümer wurden aber bei der Erarbeitung der Strategie, die Ziele und Forderungen enthält, nicht einbezogen. Vielmehr wurde ihnen ein Werk präsentiert, in dem das Umweltministerium festlegt, wie der Eigentümer seine Fläche zu bewirtschaften hat.“

Das zeugt nicht nur von einem kruden Verständnis des Eigentumsbegriffs, sondern, Herr Minister Rimmel, Sie laufen auch Gefahr, Akzeptanz zu verlieren. In dem Moment, indem Sie die Akzeptanz der Beteiligten verlieren, kommen Sie inhaltlich nicht einen einzigen Schritt weiter.

Erster Änderungsvorschlag: Nehmen Sie alle Beteiligten ernsthaft mit und nicht nur die Beteiligten, die bei grünen Parteitagen sowieso mit Ihnen sprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Meine lieben Kolleginnen und

Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Einzelplan 10 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktionen von CDU, FDP und die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Kein Abgeordneter enthält sich der Stimme. Damit ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich lasse zweitens über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6865 abstimmen. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 16/7224, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Beschlussempfehlung in Drucksache 16/7224. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7224** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion **angenommen**. Der **Gesetzentwurf Drucksache 16/6865** wurde damit **in zweiter Lesung verabschiedet**.

Wir **unterbrechen** an dieser Stelle die **Haushaltsberatungen** und führen sie morgen unter Tagesordnungspunkt 2 mit der Beratung von Einzelplan 15 fort.

Aber wir haben erfreulicherweise noch einige andere Tagesordnungspunkte, in deren Beratung wir jetzt, nach diesem Tagesordnungspunkt, unverzüglich eintreten können.

Ich rufe auf:

2 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz – AG SchKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/7187

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7342

zweite Lesung